

Interview mit venezolanischem Ökonomen: US-Sanktionen verursachten wirtschaftlichen Niedergang und Massensterben

Francisco Rodríguez, Ökonom an der Universität Denver, ehemaliger Leiter des Haushaltsamtes der venezolanischen Nationalversammlung und Autor des Buches *The Collapse of Venezuela*, gehört zu den wenigen Stimmen, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes ohne ideologische Scheuklappen analysieren. Rodríguez zeichnet das Bild eines zerstörerischen Nullsummenkonflikts: einer autoritären Exekutive ohne institutionelle Kontrolle, einer radikalen Opposition, die ausländische Sanktionen und Militärschläge als Machtinstrument akzeptiert, und einer US-Politik, die das Völkerrecht verletzt und massives ziviles Leid in Kauf nimmt. Sanktionen, so seine empirisch fundierte These, sind für rund die Hälfte des wirtschaftlichen Kollapses Venezuelas verantwortlich. Der Ausweg liege nicht in Regimewechselphantasien oder militärischem Druck, sondern in Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition. Darüber hinaus verweist Rodríguez auf eine von ihm mitverfasste Studie, der zufolge westliche Wirtschaftssanktionen weltweit jedes Jahr mehr als eine halbe Million Menschenleben kosten.

Das Gespräch führte **Michael Holmes**.

Michael Holmes: Hallo, heute habe ich das große Vergnügen, mit Professor Francisco Rodríguez von der Universität Denver zu sprechen. Herr Rodríguez, Sie waren auch Leiter des Haushaltsamtes der Nationalversammlung Venezuelas und haben somit auch Erfahrung mit der Politik in Venezuela, obwohl Sie eigentlich Wirtschaftswissenschaftler sind.

Heute werden wir natürlich über die jüngsten Ereignisse in Venezuela sprechen, aber auch über Ihr neuestes Buch mit dem Titel „*The Collapse of Venezuela*“, ein Meisterwerk über die wirtschaftliche Katastrophe in Venezuela. Sie zeigen auch, dass dies der größte wirtschaftliche Niedergang in Friedenszeiten in der modernen Geschichte war.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse, die für unsere Zuschauer meiner Meinung nach am interessantesten ist: Sie zeigen, dass etwa die Hälfte dieses Zusammenbruchs durch US-Sanktionen und ähnliche Maßnahmen gegen Venezuela verursacht wurde. Ihre Grundthese lautet, dass man eine wirtschaftliche Analyse nicht von einer politischen Analyse trennen kann, da sowohl die wirtschaftlichen Fehler und Misserfolge als auch die Verbrechen der Regierung und der Opposition und ihrer internationalen Unterstützer durch einen Nullsummenwettbewerb zwischen ihnen erklärt werden können. In gewisser Weise waren es also nicht wirklich Friedenszeiten. Man könnte sagen, es war eine Art wirtschaftlicher Bürgerkrieg. Das hat eine Krise, die eine schlimme, aber normale Wirtschaftskrise hätte sein können, zu einem völlig verheerenden Albtraum für die Menschen in Venezuela gemacht. Bevor wir jedoch zum Buch kommen, würde ich gerne Ihre erste Reaktion auf die jüngsten Ereignisse erfahren – ich würde es als Entführung von Nicolás Maduro, dem Staatschef Venezuelas, bezeichnen. Was ist Ihre erste Reaktion darauf? Wie haben Sie sich gefühlt, als Sie diese Nachrichten gehört haben?

Francisco Rodríguez: Okay, zunächst einmal vielen Dank für die Einladung, ich bin wirklich dankbar für die Gelegenheit, dieses Gespräch über Venezuela und mein Buch zu führen. Ich beginne also mit Ihrer Frage zu den jüngsten Ereignissen.

Zunächst einmal haben wir ein ganzes Jahr hinter uns, in dem Präsident Trump den Konflikt mit Venezuela erheblich eskaliert hat. Er hat Kriegsschiffe vor die Küste Venezuelas verlegt. Er hat Venezolaner massenhaft deportiert, sie stigmatisiert und behauptet, sie seien Mitglieder einer kriminellen Bande. Er hat 250 Venezolaner in ein Konzentrationslager in El Salvador geschickt und dann damit begonnen, Boote mutmaßlicher Drogenhändler in die Luft zu sprengen. Im Dezember hat er sogar noch einen draufgesetzt, indem er im Wesentlichen eine fast vollständige Blockade der

venezolanischen Ölexporte verkündete. Es gab also bereits diese Konfrontation und diese Eskalation, und die Frage, die sich viele von uns stellten, war: Wie wird Trump das beenden? Was wird er tun?

Nun, was wir letztendlich bekommen haben, ist meiner Meinung nach zunächst einmal ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Unabhängig davon, was man von Nicolás Maduro hält, ist die Achtung der territorialen Integrität von Ländern das Fundament des Völkerrechts, und man kann nicht einfach in ein anderes Land einmarschieren und beschließen, dessen Staatsoberhaupt zu entführen, nur weil man Lust dazu hat oder weil, wie es der Vorwand der USA war, dieser Mann vor US-Gerichten angeklagt ist – nicht einmal verurteilt, sondern angeklagt.

Wenn diese Regeln einmal gebrochen sind, war genau das die Beschwerde der internationalen Gemeinschaft bei Putins Invasion der Ukraine im Jahr 2022 – nicht, dass seine Ansprüche an sich unrechtmäßig waren, sondern dass man nicht einfach in den Krieg zieht, Menschen tötet und in ein anderes Land einmarschiert, um seine Ansprüche durchzusetzen. Nun, nach all dem Gesagten gibt es auch viele interessante Faktoren in Bezug auf die Ereignisse in Venezuela, die mich misstrauisch machen, und das ist nicht mehr als ein Verdacht, der durch einige Beweise gestützt wird, darunter beispielsweise ein kürzlich im *Guardian* veröffentlichter Bericht über Gespräche und Verhandlungen zwischen Diosdado Cabello und der US-Regierung vor der Entführung von Nicolás Maduro. Vielleicht müssen wir es eher als einen Palastputsch betrachten. Im Wesentlichen gab es einen Bruch in der Regierungskoalition, und ein Teil entschied sich, einen Deal mit den USA zu schließen, und das erklärt sehr gut, warum wir jetzt dieses Gleichgewicht haben, in dem die Trump-Regierung keinen Druck ausübt, damit Diosdado Cabello die Macht abgibt, keinen Druck ausübt, jetzt Wahlen abzuhalten oder anzuerkennen – die Trump-Regierung, die Biden-Regierung hatte Edmundo González als Sieger, als gewählten Präsidenten Venezuelas anerkannt. Warum fordern sie dann nicht, dass Edmundo González sein Amt antritt?

Nun, was die Idee betrifft, dass es hier Verhandlungen gab, so haben wir Präsident Trump nun mehrfach sagen hören, dass er ein hervorragendes Verhältnis zu den Menschen hat, die Venezuela regieren, von denen er behauptet, dass sie derzeit sehr gute Arbeit leisten. Für mich bedeutet das, dass es sich um eine verdeckte Verhandlung handelte, um einen Bruch innerhalb des Regimes, und ich denke, wir wissen, dass solche Ereignisse im Kontext autoritärer Regime vorkommen. Manchmal kommt es zu Brüchen im Regime, und manchmal führt der Druck von außen dazu, dass bestimmte Gruppen die Macht übernehmen und sagen: Okay, wir sind bereit zu verhandeln. Wir wissen jedoch nicht, worum es bei diesen Verhandlungen konkret geht, denn die Trump-Regierung hat über Wirtschaft gesprochen, sie hat über Ölförderung gesprochen, aber sie hat nicht über die Wiederherstellung der Demokratie gesprochen, zumindest nicht in mehr als sehr vagen Begriffen. Natürlich würde ich mir für das Land den Wiederaufbau demokratischer Institutionen wünschen. Dennoch halte ich das, was wir derzeit beobachten, für positiv. Und zwar in folgendem ganz konkreten Sinne: Dieses Land war fast ein Jahrzehnt lang sehr strengen, sehr harten Wirtschaftssanktionen ausgesetzt. Und diese Sanktionen werden durch dieses Abkommen faktisch aufgehoben. Was 2019 geschah, war, dass die Trump-Regierung erklärte, wir würden kein Öl mehr aus Venezuela kaufen, wir würden unseren Unternehmen nicht erlauben, Vorleistungen oder Investitionsgüter an die staatliche venezolanische Ölgesellschaft oder ihre Partner zu verkaufen, und wir würden westlichen Ländern oder anderen Ländern, die mit den USA Handel treiben wollen, dies ebenfalls nicht gestatten. Das hatte, wie Sie in Ihrer Beschreibung meines Buches angedeutet haben, sehr negative Auswirkungen auf die venezolanische Wirtschaft. Diese Auswirkungen werden gerade in diesem Moment rückgängig gemacht.

Tatsächlich haben venezolanische Banken gestern – genauer gesagt, im Laufe der letzten Tage – damit begonnen, die ersten 300 Millionen Dollar aus Devisenverkäufen zu verkaufen, die aus dem Abkommen mit den USA über Ölverkäufe stammen. Und diese 300 Millionen Dollar hatten enorme Auswirkungen auf den Devisenmarkt, da sie den Wechselkurs senkten und damit importierte Waren erschwinglicher machten. Tatsächlich sehen wir in Echtzeit, wie Geschäfte und Einzelhändler ihre Preise senken, weil endlich Dollar ins Land gekommen sind. Es handelt sich um dieselben Dollar, die zuvor aufgrund der Blockade dieses Landes durch die USA unterdrückt wurden. Das ist also definitiv etwas Gutes für die Venezolaner. Es ist gut für den Lebensstandard der Venezolaner, es ist gut für die Geldbörsen der Venezolaner. In diesem Sinne ist es also eine positive Entwicklung, auch wenn alles, was damit zusammenhängt, und die Art und Weise, wie es durchgeführt wird, gegen demokratische Normen verstößt – es verstößt gegen internationale Normen, gegen internationales Recht. Aber es bedeutet dennoch, dass wir zumindest teilweise einen Weg aus diesem schrecklichen Gleichgewicht gefunden haben, in dem das Land in einer autoritären Regierung mit einer sanktionierten Wirtschaft gefangen war.

Michael Holmes: Sie sagen also im Grunde genommen, dass Sie die Militärschläge nicht unterstützen, aber die Aufhebung der Sanktionen befürworten?

Francisco Rodríguez: Ja.

Okay, kommen wir dann zu Ihrem Buch. Ich muss sagen, dass mehr als die Hälfte des Buches für Laien sehr gut verständlich ist und es sich fantastisch liest. Deshalb kann ich es wärmstens empfehlen. Einige Teile sind so statistisch und mathematisch, dass ich ehrlich gesagt nicht folgen konnte, da ich kein ausgebildeter Ökonom bin. Aber es ist sehr überzeugend. Es handelt sich um eine sehr überzeugende Argumentation, dass etwa die Hälfte des Niedergangs durch Wirtschaftssanktionen verursacht wurde, und Sie gehen auch ein wenig darauf ein, welche anderen Faktoren noch eine Rolle gespielt haben. Und es zeigt ein hohes Maß an Unabhängigkeit Ihrerseits, denn Sie stehen Chávez sehr kritisch gegenüber und Maduro noch kritischer. Sie stehen auch der radikalen Opposition, die vom Westen unterstützt wurde, äußerst kritisch gegenüber – nicht der Opposition im Allgemeinen. Und dann natürlich auch ihren internationalen Unterstützern, vor allem den Vereinigten Staaten. Sie sitzen also gewissermaßen zwischen allen Stühlen.

Deshalb mag mich keiner von ihnen.

Sie erzählen in Ihrem Buch eine sehr faszinierende Geschichte, wie Sie als Leiter des Haushaltsamtes der Nationalversammlung in Venezuela sowohl mit der Regierung, vertreten durch Nicolás Maduro, der damals noch nicht Präsident war, als auch mit der Opposition in Konflikt geraten sind. Können Sie kurz etwas dazu sagen?

Nun, ich hatte gerade mein Studium abgeschlossen und war natürlich Venezolaner und kannte viele Leute dort, und außerdem war meine Forschung auf Venezuela ausgerichtet, und ich war mehrmals in Venezuela gewesen und hatte sie dort vorgestellt. Es gab einen Moment, in dem ich einen Anruf von einem Freund erhielt, der den damaligen Präsidenten der Nationalversammlung kannte, und er sagte: „Hey, hör mal, die Nationalversammlung sucht einen Leiter für das venezolanische Haushaltamt.“ Das Problem war jedoch, dass für die Ernennung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, und Chavismo hatte gerade die Wahlen gewonnen, aber keine Zweidrittelmehrheit erreicht, sodass sie einen Konsenskandidaten brauchten. Und er sagte: „Du bist die Person, die sowohl die Regierung als auch die Opposition für geeignet halten, um dieses Amt zu leiten. Würdest du daran interessiert sein, es anzunehmen?“ Ich habe darüber nachgedacht, bin nach

Venezuela gereist, habe mit ihnen gesprochen und mich dann entschieden, diese Position anzunehmen.

Allerdings brachte mich das ziemlich schnell in Schwierigkeiten mit der Regierung, denn obwohl ich einstimmig und mit einer Zweidrittelmehrheit ernannt worden war, waren sie der Meinung, dass sie die Mehrheit hatten und ich ihr Angestellter war. Als sie Berichte sahen, die einige der Gesetze kritisierten, und die aus meiner Arbeit hervorgegangen waren, übten sie Druck auf mein Amt aus, um diese Arbeit rückgängig zu machen. Einer davon kam tatsächlich von Nicolás Maduro, dem Vorsitzenden der Kommission für soziale Entwicklung. Er war sehr verärgert darüber, dass wir eine von ihm vorgeschlagene Reform des Sozialversicherungsgesetzes kritisiert hatten.

Wissen Sie, wir haben das nicht gemacht, um irgendjemanden zu kritisieren, wir haben einfach nur unsere Arbeit gemacht. Es stellte sich heraus, dass die finanziellen Auswirkungen des von ihm vorgeschlagenen Gesetzes ziemlich negativ waren – der Kern des Papiers, des Berichts, war nicht, es zu kritisieren, sondern nur zu quantifizieren, wie kostspielig das Gesetz war und welche anderen Reformen, einschließlich Steuererhöhungen, durchgeführt werden müssten, wenn die Regierung wirklich vorhatte, dieses Gesetz umzusetzen. Ja, da habe ich Maduro zum ersten Mal getroffen, und es war – sagen wir mal – kein angenehmes Gespräch, denn das führte letztendlich zu meiner Entlassung aus der Nationalversammlung im Jahr 2004. Damals war es die Regierungsmehrheit, die mich entlassen hat. Die Opposition hat mich damals sehr unterstützt, auch wenn es stimmt, dass ich manchmal Dinge geschrieben habe, die der Opposition nicht gefallen haben. Wir haben zum Beispiel einen Bericht über die wirtschaftlichen Auswirkungen des von der Opposition verursachten Ölstreiks erstellt und dessen Auswirkungen geschätzt – im Dezember 2002, Januar 2003, und wir haben einen Bericht erstellt, in dem wir die wirtschaftlichen Verluste durch diesen Streik auf etwa 10 % des BIP beziffert haben, und das hat der Opposition nicht gefallen. Also ja, ich bin es gewohnt, dass sich Leute von der einen oder anderen Seite bei mir beschweren und sagen: Hey, warum machst du das?

Das sagt meiner Meinung nach viel über die venezolanische Politik aus und darüber, wie der wirtschaftliche Diskurs in Venezuela politisch eingesetzt wird. Man hat wirklich – und es ist wirklich problematisch, in Venezuela zu forschen, wo die Leute das lesen und sofort denken: Nun, kommt das meiner politischen Agenda zugute? Und dann gibt es andere Forscher, die eindeutig eine politische Agenda verfolgen und keinen wissenschaftlichen Ansatz haben oder im Wesentlichen versuchen, Beweise zu finden, um eine These zu untermauern, sei es zugunsten der Regierung oder zugunsten der Opposition. Und man lernt, dabei ruhig zu bleiben und einfach zu versuchen, die Leute auf die Fakten zurückzuführen und die Beweise zu diskutieren. Das ist also der Ansatz, der mein Buch geprägt hat.

Wie Sie gesagt haben, versuche ich in meinem Buch, vorsichtig zu sein und zu sagen: „Sehen Sie, ich werde hier nicht versuchen, moralische Verantwortung zuzuweisen. Ich versuche nicht zu sagen, dass es Maduros Schuld ist, dass es die Schuld der Opposition ist, dass es die Schuld beider ist, dass es 50:50 ist. So sollten die Zahlen nicht interpretiert werden. Ich denke, dass moralische Verantwortung ein recht komplexes Konzept ist, und es ist kein Konzept, auf das ich in dem Buch eingehen wollte, da ich nicht glaube, dass ich wirklich die Person bin, die diese Einschätzung vornehmen kann.“

In folgendem Sinne müssen wir klar zwischen kausalen Effekten unterscheiden, was die Aufgabe von uns Ökonomen ist, um zu sagen: Hey, wir können quantifizieren, ob A B verursacht und inwieweit A B beeinflusst. Und dann gibt es die normative Frage: Ist A richtig? Ist es zum Beispiel richtig, Sanktionen zu verhängen? Und es gibt einige Leute, die auf mein Buch reagieren könnten und sollten, wenn sie diese Ansicht vertreten, die sagen könnten: Ja, Sie stellen fest, dass 50 % des

Rückgangs auf Sanktionen und 50 % auf andere Maßnahmen zurückzuführen sind, aber die Sanktionen wurden gegen Maduro verhängt, weil Maduro sich undemokratisch verhalten hat, also ist die ganze Schuld bei Maduro. Das ist aus moralphilosophischer Sicht ein völlig schlüssiges Argument. Ich stimme dem vielleicht nicht zu, aber ich denke nicht, dass ich die Person bin, die am besten geeignet ist, dieses moralische Argument zu vertreten, da es sich im Grunde genommen um einen Fall der Moralphilosophie handelt. Mein Argument ging sogar noch etwas weiter, und im Einführungskapitel habe ich versucht, ein Beispiel anzuführen, von dem ich hoffe, dass es viele Menschen nachvollziehen können, da viele, die sich für Sozialwissenschaften interessieren, mit dem Grundmodell der Spieltheorie vertraut sind, das als Gefangenendilemma bekannt ist. Mein Argument lautet: stellen Sie sich vor, das Gefangenendilemma wäre Realität, und stellen Sie sich vor, Sie hätten diese beiden Gefangenen, die in ihren Zellen sitzen, und Sie wären beispielsweise ein Reporter, der hereinkommt, und irgendwie lässt Sie der Polizeichef herein und erlaubt Ihnen, mit den Gefangenen zu sprechen, und Sie sprechen mit ihnen und Sie sprechen mit ihren Familien, die nur darauf warten, zu erfahren, ob ihre Angehörigen freigelassen werden. Und was Sie von ihnen hören werden, sind Geschichten darüber, was mit ihnen passiert ist und wer dafür verantwortlich ist.

In diesem Gefangenendilemma – und um es für diejenigen zusammenzufassen, die sich nicht daran erinnern – gibt es zwei Gefangene, die beide entscheiden müssen, ob sie mit der Polizei zusammenarbeiten sollen. Sie sind beide in ein Verbrechen verwickelt, also müssen sie entscheiden, ob sie ihren Komplizen denunzieren sollen oder nicht. Die Polizei, die Staatsanwaltschaft, geht zu beiden und sagt ihnen: „Wenn ihr zuerst einen Deal mit mir macht, bekommt ihr eine mildere Strafe.“ Und dann kommt es dazu, dass beide Gefangenen einen Deal machen, was für beide schlechter ist, weil sie beide der Staatsanwaltschaft Beweise liefern. Das Beste für sie wäre gewesen, wenn sie alle standhaft geblieben wären und gesagt hätten: „Ich werde keinen Deal machen.“ Dann hätte die Staatsanwaltschaft keine Beweise gehabt und hätte sie freilassen müssen. Aber keiner von ihnen tut das, weil die Anreizstruktur so ist, dass sie in einer wirklich schlechten Situation wären, wenn der andere einen Deal macht und sie nicht.

Der Punkt ist also, dass wenn man mit ihnen oder ihren Familien darüber spricht, sie sagen werden: Es ist die Schuld des anderen, es ist der andere, dem man nicht trauen konnte, es ist der andere, der sich nicht an die Vereinbarung gehalten hat, es ist der andere – oder wir wussten, dass man ihm nicht trauen konnte, weil soundso, und deshalb mussten wir einen Deal mit dem Staatsanwalt machen. Der Punkt ist also, dass dies reale Geschichten sind und dass es reale Menschen sind, die oft in ein solches Dilemma geraten. Aber wenn man nur diese Geschichte erzählt, verliert man den Blick für das Wesentliche. Und das ist in gewisser Weise das Schöne am Gefangenendilemma als analytischem Instrument, nämlich dass es uns zeigt, warum diese beiden Akteure etwas tun konnten, was nicht in ihrem gemeinsamen Interesse lag, weil sie gegeneinander kämpften.

Mein Modell, meine Theorie, hat dieselbe Struktur. Ich versuche zu erklären, wie man in einen politischen Konflikt gerät, in dem beide Seiten letztendlich der Wirtschaft schaden. Dabei geht es mir nicht darum, der einen oder anderen Seite die Schuld zu geben, obwohl ich verstehen kann, wenn man das tun möchte, sondern ich frage mich vielmehr, wie wir dieses Anreizsystem ändern müssen, damit so etwas nicht passiert. Was können andere Länder von Venezuela lernen? Wie vermeidet man einen Wachstumseinbruch? Nun, ein Teil der Antwort liegt darin, sich die eigenen politischen Institutionen anzuschauen und über sie nachzudenken. In den USA gibt es beispielsweise eine seit langem andauernde Diskussion, die immer von der Mehrheit geführt wird, über die Abschaffung der Filibuster-Regel. Die Filibuster-Regel ermöglicht es der Minderheit, bestimmte Reformen zu blockieren. Es handelt sich dabei gewissermaßen um eine Supermehrheitsregel.

Und wissen Sie, einige der Argumente, die dafür vorgebracht werden, erscheinen manchmal sehr überzeugend, und ein Teil meines Arguments ist: Wenn man einige dieser Regeln, die die Minderheit schützen, aufhebt, verwandelt man die Politik in ein System, in dem der Sieger alles bekommt, und das ist gefährlich, weil es Anreize für diese Art von Konflikten schafft. Das ist mein grundlegender Standpunkt. Es geht darum, den Konflikt zu beschreiben, ihn zu verstehen und zu verstehen, wie wir diese Anreizstruktur ändern können, was übrigens gerade für Venezuela eine besonders wichtige Frage ist, wenn es Möglichkeiten für eine Reform seiner Institutionen geben soll.

Richtig, denn es ist nicht nur wichtig, dass Sie in gewisser Weise neutral bleiben, weil Sie Wissenschaftler sind. Es gibt noch einen weiteren Grund, nämlich dass Sie der Meinung sind, dass der Konflikt selbst für die Menschen in Venezuela politisch und wirtschaftlich so zerstörerisch war. Und deshalb brauchen sie, um da herauszukommen, eine Art Verhandlungslösung.

Vielleicht können Sie uns darlegen, wie es dazu kam, dass die Regierung und die von den USA unterstützte Opposition in diesen Kleinkrieg gerieten, der der Wirtschaft so viel Schaden zugefügt hat.

Sicher. Also, im Grunde genommen kam Chávez 1999 an die Macht, und Chávez ist – ich meine, er war der typische populistische Führer, aber ich möchte mit der Verwendung dieses Wortes vorsichtig sein, denn ich denke auch, dass María Corina Machado Chávez in Bezug auf den politischen Diskurs sehr ähnlich ist. Ein Teil des Diskurses ist, dass die bestehenden Institutionen nicht zu retten sind. Sie sind korrupt, sie wurden von korrupten Eliten entworfen. Wir müssen diese Leute loswerden und sie vollständig ersetzen. Und vollständig bedeutet, dass man die Institutionen ändern muss, dass man das System ändern muss. Mit dieser Botschaft wurde Chávez nach einer langen Phase wirtschaftlicher Schwäche in Venezuela gewählt, und er machte sich daran, dies umzusetzen.

Im Wesentlichen entwickelte sich daraus ein System, das die Macht deutlich stärker in den Händen der Exekutive konzentrierte als in fast jedem anderen Land Lateinamerikas oder zumindest in jedem anderen Land mit demokratischen Wahlinstitutionen. Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Die Verfassung von 1999 gibt dem Präsidenten tatsächlich die Befugnis, einen Prozess einzuleiten, der durch die Einberufung einer Verfassungversammlung zur Auflösung anderer Regierungszweige führt. Das bedeutet, dass ein Präsident, der beispielsweise eine Wahl gewinnt, den Obersten Gerichtshof auflösen kann. Er kann die Wahlbehörde, die Generalstaatsanwaltschaft und den Kongress auflösen. Chávez hat das getan, und Edmundo González, der als Kandidat gegen Maduro antrat und gewann, bevor Maduro 2024 die Wahl stahl, hätte ebenfalls die Macht dazu gehabt, wenn er die Macht übernommen hätte. So kam es zu einer, wie ich es nenne, Wahlautokratie. Es ist ein System, in dem man den Staatschef wählt, aber einen allmächtigen Staatschef. Und das bedeutet, dass es keine gegenseitige Kontrolle gibt. Es ist also ein politisches System, in dem der Sieger alles bekommt.

Und was passiert, wenn man solche Anreize hat, ist, dass sowohl die Regierung als auch die Opposition bereit sind, viel weiter zu gehen, um an der Macht zu bleiben oder an die Macht zu kommen – die Regierung, um an der Macht zu bleiben, die Opposition, um an die Macht zu kommen. Ich habe auch argumentiert, dass dies teilweise durch höhere Ressourcen ausgeglichen werden kann, sodass die Regierung bei hohen Terms of Trade und hohen Ölpreisen im Wesentlichen die Einschränkungen der Regierbarkeit durch die Aufrechterhaltung der Unterstützung der Wähler bewältigen kann. So entsteht ein Gleichgewicht, in dem Chávez sehr beliebt ist, wiedergewählt werden kann und Wahlen gewinnt, und dieses Gleichgewicht besteht trotz sich verschlechternder

Institutionen, die aber nominell immer noch demokratisch sind – ich meine, nicht nur nominell, denn die Menschen haben für ihn gestimmt –, aber es beruht auf diesen hohen Ölpreisen.

Aufgrund fehlender Kontrollmechanismen und der Untergrabung von Institutionen wurde der Ölboom in Venezuela von Chávez nicht gut gemanagt. Die Makroökonomie war sehr anfällig. Als Chávez starb und insbesondere als die Ölpreise 2014 zu sinken begannen, geriet das Land in eine Rezession, die für Lateinamerika eigentlich recht typisch war. Das ist etwas, was man oft sieht – Rudiger Dornbusch und Sebastian Edwards haben dies vor Jahren als die Makroökonomie des Populismus beschrieben. Man sieht also diese Zyklen von übermäßigen Ausgaben, überbewerteten Wechselkursen, und am Ende steht eine Regierung, die kein Geld mehr hat, wenn es zu einem negativen Terms-of-Trade-Schock kommt, und es kommt zu sehr harten makroökonomischen Anpassungen. Und genau das ist mit Maduro passiert.

Nur ganz kurz, denn ich denke, dass auch wichtig ist, was 2002 passiert ist. Sie zeigen also, wie die neue Verfassung diesen Kampf zwischen Regierung und Opposition ausgelöst hat, aber die Opposition stürzt 2002 mit Unterstützung der Vereinigten Staaten die demokratisch gewählte Regierung. Und das hätte zu einer echten Diktatur geführt.

Richtig.

Zumindest zu diesem Zeitpunkt würde ich sagen, dass die Opposition noch weniger demokratisch war als Chávez. Ich weiß nicht, ob Sie dem zustimmen würden.

Absolut, absolut, absolut.

Außerdem haben sie auch das Ölembargo verhängt, um ihn zu stürzen.

Ja, genau, und das ist eigentlich ziemlich bemerkenswert, wie ähnlich 2002 und 2017 waren, als die ersten Sanktionen verhängt wurden. Der einzige Unterschied war, dass die Opposition 2002 die Kontrolle über eine Gruppe von Managern der Ölindustrie hatte, die von früheren Regierungen der damaligen Opposition ernannt worden waren und die bereit waren, bei diesem Versuch mitzuarbeiten. So kam es, dass die Führungskräfte der Ölindustrie im Wesentlichen beschlossen, die Ölindustrie stillzulegen, basierend auf der Idee, der These, dass dies die Regierung stürzen würde, dass Chávez zurücktreten oder gehen müsste, wenn die Regierung ohne Ölressourcen dastehen würde, oder dass sich das Militär gegen ihn wenden würde.

Und genau dieselbe Argumentation liegt den Sanktionen zugrunde, die 2017 verhängt und 2019 verschärft wurden, mit dem Unterschied, dass Chávez und der Chavismus 2017 gerade wegen des Streiks von 2002 die vollständige Kontrolle über die Leitung der Ölindustrie erlangt hatten, sodass dies nicht von innen heraus geschehen konnte. Es musste von außen geschehen, durch die Verhängung von Sanktionen durch die USA. Aber worauf ich zuerst hinauswollte, ist, dass es nicht nur die Opposition ist. Das ist äußerst wichtig. Die Regierung selbst ist die erste, die diese Taktik der verbrannten Erde anwendet, und die Regierung ist die erste, die darüber nachdenkt, wie sie die Wirtschaft zu ihrem politischen Vorteil nutzen kann.

Dies spiegelt sich vor allem in der makroökonomischen Politik unter Maduro wider, denn sie zeichnet sich durch den übermäßigen Einsatz monetärer Finanzierungsmaßnahmen gerade im Vorfeld von Wahlen aus. Sie nutzt die Macht des Staates in einer Weise, die die makroökonomische Politik untergräbt, aber sie tut dies, um vor den Wahlen einen Aufschwung zu generieren. Und es gibt eine Episode, die meiner Meinung nach wirklich verdeutlicht, was Maduro getan hat, nämlich eine Episode, die den Venezolanern als der Daka-Fall bekannt wurde und sich 2013, kurz vor einer

Wahl, ereignete. Er trat im nationalen Fernsehen auf und beschuldigte den größten Elektronikhändler des Landes der Preisabzocke und des Diebstahls der Subventionen, die die Regierung ihm durch einen Vorzugskurs gewährte, indem er die Preise mit Gewinnspannen aufschlug, die mit den Subventionen, die er erhielt, nicht vereinbar waren. Dies führte zur Plünderung von Geschäften, woraufhin Maduro die Armee einschaltete, die jedoch im Wesentlichen dazu diente, die Plünderung zu organisieren. Und das Problem dabei ist, unabhängig davon, ob die Anschuldigung wahr war oder nicht – denn wie so vieles in Venezuela war sie im Wesentlichen zu 50 % wahr und zu 50 % übertrieben –, dass, wenn die Einzelhändler sehen, dass der Präsident des Landes im Fernsehen im Grunde genommen ihre Plünderung anordnen kann, dies zu einem völligen Umdenken darüber führt, was sie dort tun und welches Risiko sie eingehen. Tatsächlich kam es im Jahr danach, nur wenige Monate später, zu erheblichen Versorgungsengpässen, als viele Einzelhändler sagten, sie würden dieses Risiko nicht eingehen. Aber für Maduro war das politisch sehr effektiv. Es ermöglichte ihm, seine Zustimmungswerte um mehr als 15 Punkte zu steigern und die bevorstehende Wahl zu gewinnen. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie die Wirtschaft für politische Zwecke instrumentalisiert wird.

Und dann fragt sich natürlich die Opposition: Was sollen wir tun? Wir spielen dieses Spiel auch, und Maduro schlägt uns. Wie können wir Maduro also einschränken? Nun, wir können nicht viel tun, weil wir nicht wirklich die Macht der Regierung haben, aber wir haben zwei Arten von Macht, und die haben mit dem Zugang der Regierung zu Ressourcen zu tun. Eine davon – und das wurde sehr wichtig, als die Opposition im Dezember 2015 die Kontrolle über die Nationalversammlung gewann – ist der Zugang zu Krediten. Wir können den Zugang zu Krediten nutzen. Wir können sagen, wir können eine internationale Kampagne starten und den Gläubigern im Wesentlichen mitteilen, dass wir diese Schulden ablehnen werden. Wenn Sie der Regierung Kredite gewähren, werden wir das nicht genehmigen. Oder wenn wir an die Macht kommen – und die Opposition hatte gerade eine Wahl gewonnen, sagten viele Investoren: Nun, wissen Sie, es ist nur eine Frage der Zeit, 2018 finden Präsidentschaftswahlen statt, die Opposition wird gewinnen.

Und dann sehen sie, dass die Opposition sagt, wir werden die von Maduro ausgegebenen Schulden nicht honorieren, und das macht den Investoren Angst. Und das war – ich meine, das war strategisch. Die Opposition hat das getan, und sie hatte ihre Gründe dafür. Die Opposition sagte im Wesentlichen: Das ist einer der Hebel, die wir haben. Wir müssen die Regierung auf die gleiche Weise bestrafen, wie sie uns bestraft. Und als das nicht oder nicht ausreichend funktionierte, gingen sie dazu über, sich für Sanktionen einzusetzen, die zunächst die Kreditaufnahme durch die Regierung und dann den Ölverkauf behinderten. Im Grunde genommen kommt es also zu einer Situation, in der beide Akteure die Wirtschaft ins Visier nehmen, und das bezeichne ich als Politik der verbrannten Erde, bei der man beschließt, dass die beste Strategie darin besteht, der Wirtschaft zu schaden, weil man dadurch die Oberhand gewinnt.

Sie haben das gesehen – Sie kennen Beispiele dafür, und es gibt ein Kapitel in dem Buch, in dem ich Beispiele aus anderen Kontexten betrachte, darunter auch aus den USA. Die Diskussionen über die Schuldenobergrenze in den USA endeten bisher immer mit einem Kompromiss, aber es gibt immer Akteure, die mit diesem Kompromiss nicht einverstanden sind. Unter anderem Präsident Trump – ich meine, gerade während der letzten Diskussion über die Schuldenobergrenze seit 2023 plädierte Präsident Trump, der damals Kandidat war, dafür, dass die Republikanische Partei kein Abkommen mit der Regierung unterzeichnen, die Schuldenobergrenze nicht anheben und das Land in die Zahlungsunfähigkeit treiben sollte. Es gibt also immer Akteure, die sich für diese Art von Politik einsetzen. Die Frage, die für mich analytisch wichtig ist, lautet: Warum gibt es Fälle, in denen sie sich zurückhalten, in denen es Zurückhaltung gibt, in denen beide Seiten eine Einigung

erzielen, wie es bisher in den USA der Fall war, und warum gibt es andere Fälle, in denen sie keine Einigung erzielen?

Als 2015 die Opposition die Nationalversammlung gewann, sagten viele Analysten, mich eingeschlossen, dass man ja die Struktur für eine Einigung habe. So etwas passiert nun einmal. Es gibt viele Länder, in denen eine Partei die Exekutive kontrolliert und eine andere Partei die Legislative. Das ist Kohabitation, also verhandeln sie auf der Grundlage eines grundlegenden Verständnisses, und sie müssen Kompromisse eingehen, und keine von ihnen kann ihre legislative Agenda so weit vorantreiben, wie sie es gerne hätte. Aber so ist die Politik nun einmal. Sie haben das nicht getan. Sie sind keine Kompromisse eingegangen. Und das ist meiner Meinung nach die relevante und wichtige analytische Frage, um Venezuela zu verstehen und um zu verstehen, was wir von Venezuela lernen können. Was treibt sie in eine Situation, in der die optimale politische Reaktion für diese Akteure darin besteht, keine Kompromisse einzugehen?

Und einer der wichtigsten Schläge in diesem Spiel, in dem jede Seite versucht, der anderen zu schaden, um an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben, sind die Sanktionen.

Das ist richtig.

Und warum ist es Ihnen überhaupt möglich, diese grobe Schätzung zu erstellen, dass die Sanktionen für die Hälfte des Zusammenbruchs verantwortlich sind? Sie können wirklich sehr gut darlegen, insbesondere auch mit einigen schönen Grafiken in Ihrem Buch, dass es sich um etwa die Hälfte handelt.

Ja. Nun, darum geht es in der Wirtschaftswissenschaft, und ich denke, dass wir in der Wirtschaftswissenschaft glücklicherweise Instrumente entwickelt haben, die es uns ermöglichen, vernünftige Rückschlüsse auf kausale Effekte in einem Umfeld zu ziehen, das naturgemäß schwierig ist, nämlich einem Umfeld, in dem man über keine experimentellen Daten verfügt. Wie können wir also wissen, was eine bestimmte politische Maßnahme bewirkt? Woher wissen wir – und ich bezeichne Sanktionen als politische Maßnahme, aber ich frage auch ganz allgemein: Wenn Regierungen etwas unternehmen, woher wissen wir dann, welche Auswirkungen das hat?

Nun, vielleicht lautet die Antwort, dass wir es nicht wissen, zumindest nicht sofort, denn in der Wirtschaft spielen immer viele andere Faktoren eine Rolle. Die Wirtschaft steht nicht still und wartet darauf, dass die Regierung handelt. Wenn man also beispielsweise die Trends einer bestimmten Variable vor und nach einer politischen Maßnahme analysiert, sind diese oft wenig aussagekräftig. Oder wenn man Korrelationen betrachtet und sich fragt, warum manche Regierungen etwas tun und andere nicht – um wieder auf das Beispiel der Sanktionen zurückzukommen: Wenn man nur die Korrelation zwischen Lebensstandard und Sanktionen betrachtet, stellt man fest, dass sanktionierte Länder ärmer sind, aber das sagt noch nichts aus. Wie wir wissen, ist Korrelation nicht gleichbedeutend mit Kausalität, und es könnte durchaus sein, dass diese Länder sanktioniert werden, weil sie beispielsweise schlechte Regierungen haben, die ihrer Wirtschaft großen Schaden zufügen, oder einfach weil Armut dazu führt, dass man eher eine schlechte Regierung hat. All das zu entwirren ist schwierig.

Glücklicherweise gab es in der Wirtschaftswissenschaft eine Entwicklung, insbesondere in den letzten – ich würde sagen seit den 1990er Jahren –, nämlich die Entwicklung sehr guter ökonometrischer Instrumente, mit denen man, wenn man sie sorgfältig anwendet, diese kausalen Fragen beantworten kann. Lassen Sie mich nur ein Beispiel nennen. Ich gehe in meinem Buch und in vielen Artikeln, die ich veröffentlicht habe und von denen einige natürlich in dem Buch zusammengefasst sind, ausführlich darauf ein.

Im Jahr 2017 verhängten die USA Finanzsanktionen gegen Venezuela, die im Wesentlichen besagten, dass die Regierung, die venezolanische Regierung oder die staatliche Ölgesellschaft keine Kredite aufnehmen dürfen. Ich habe zum ersten Mal festgestellt, dass es zu der Zeit, als diese Sanktionen verhängt wurden, zu einem deutlichen Trendbruch bei der Ölförderung kam. Die Ölproduktion war rückläufig, aber genau in dem Monat nach Verhängung der Sanktionen beschleunigte sich der Rückgang. Das ist eine interessante Beobachtung, die zwar einige Informationen liefert, aber an sich noch kein eindeutiger Beweis ist, denn man kann immer die Frage stellen – und andere Forscher haben sie gestellt, als dies erstmals aufgezeigt wurde –, ob zu diesem Zeitpunkt noch andere Dinge in der Wirtschaft vor sich gingen. Und wenn man sorgfältig vorgeht, kann man immer andere Dinge finden, die ebenfalls plausible Erklärungen sind. Also habe ich unter anderem gesagt: „Versuchen wir doch, das genauer und aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten.“ Und ich habe Daten über die Gründung von Joint Ventures im venezolanischen Ölsektor gesammelt. Dabei handelt es sich um Zusammenschlüsse zwischen PDVSA und ausländischen Partnern. Ich habe Daten darüber gesammelt, wie viele dieser Joint Ventures vor den Finanzsanktionen, die den Zugang zu Krediten blockierten, Zugang zu Finanzmitteln hatten und wie viele nicht. Und ich habe festgestellt, dass nach der Verhängung der Finanzsanktionen diejenigen, die zuvor Zugang zu Finanzmitteln hatten, viel schlechter abschnitten als diejenigen, die zuvor keinen Zugang zu Finanzmitteln hatten. Das nennen wir eine Differenz-in-Differenz-Analyse, und im Grunde zeigt sie Ihnen nicht nur, dass es eine Trendwende gibt, sondern auch, dass der Kausalitätskanal genau so funktioniert, wie es Ihre Theorie vorhersagt, nämlich dass diejenigen, die zuvor Zugang zu Finanzmitteln hatten und diesen nun blockiert sahen, infolgedessen deutlich schlechter abschnitten.

Ein Großteil der Erklärung, die ich insbesondere im Kapitel über Sanktionen entwickelt habe, besteht darin, diese Beweise zusammenzutragen und sie dann zu einer empirischen Schätzung zusammenzufassen. Und genau diese empirische Schätzung ist es, auf die Sie sich beziehen, nämlich dass 52 % des Rückgangs des BIP durch Sanktionen und andere Maßnahmen erklärt werden können, die im Wesentlichen von der US-Regierung ergriffen wurden. Ich sage bewusst „die USA“, weil einige Leute das übrigens nicht wissen, und es ist tatsächlich sehr aufschlussreich. Die USA sind das einzige Land, das Wirtschaftssanktionen gegen Venezuela verhängt hat. Kein anderes Land hat das getan. Kein lateinamerikanisches Land hat das getan. Europa hat ganz klar gesagt, dass es der venezolanischen Wirtschaft nicht schaden werde. Es waren nur die USA. Das Problem ist, dass die USA, wenn sie so etwas tun, sehr energisch vorgehen. Und die USA haben dies nicht nur durch die Blockade des Handels Venezuelas mit den USA getan, sondern auch durch sogenannte sekundäre Sanktionen, um den Handel Venezuelas mit anderen Ländern zu blockieren, sodass Venezuela tatsächlich in eine Situation geriet, in der es Öl nur an China verkaufen konnte, und das auch nicht einmal an ganz China, sondern nur an kleine private Raffinerien in China, die bereit waren, es nach einem sehr hohen Preisnachlass zu kaufen. Venezuela musste also das wenige Öl, das es produzieren konnte, verkaufen, und zwar wegen der Sanktionen zu einem Spottpreis.

Ich möchte nur erwähnen, dass wir, wenn wir die Bolivarische Revolution oder den Chavismo großzügig betrachten, auch positiv anmerken müssen, dass Chávez den Ölboom genutzt hat, um den Armen viel mehr in Form von Gesundheit, Bildung, Wohnraum und so weiter zu geben, und das gab es vorher nicht. Denn Sie sagen im Grunde genommen, dass ohne die Wirtschaftssanktionen höchstwahrscheinlich das passiert wäre, was zuvor schon einige Male in Venezuela passiert ist, nämlich eine Art Boom-Bust-Zyklus, der mit dem Ölpreis einhergeht. Wenn die Ölpreise steigen, gibt die Regierung Geld aus, und dann gibt sie zu viel aus, und dann kommt es zu einer Korrektur. Und Sie sagen, dasselbe wäre auch hier passiert. Meiner Meinung nach besteht der größte Unterschied zwischen dem Chavismo, insbesondere

Chávez, und dem, was zuvor geschah, darin, dass er den Armen mehr Geld gegeben hat. Und sollten wir das nicht als Pluspunkt werten?

Nun, darüber wird tatsächlich viel diskutiert, und sagen wir mal, es ist nicht so eindeutig. Ich habe auch viel darüber recherchiert und festgestellt, dass viele der Behauptungen der Regierung in dieser Hinsicht stark übertrieben waren. Ich habe um 2008 einen Artikel über die Alphabetisierungskampagne der Regierung veröffentlicht, die eines der Vorzeigeprogramme der Regierung war. Sie hieß „Mission Robinson“, und die Regierung behauptete, Venezuela habe durch diese Massenalphabetisierungskampagne den Analphabetismus beseitigt. Wir haben jedoch nicht nur festgestellt, dass dies nicht der Fall war, sondern auch, dass es keine signifikanten Trendbrüche gab, keine statistisch signifikanten oder sonstigen Trendbrüche in den Alphabetisierungstrends vor und nach dem Programm.

Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber ehrlich gesagt war das alles eine große Lüge. Ich bin mir sicher, dass die Regierung Geld dafür ausgegeben hat, aber ich glaube auch, dass die Ergebnisse stark übertrieben waren. Wenn eine Regierung sagt, wir werden diese Massenalphabetisierungskampagne durchführen, und unser Ziel ist es, der gesamten analphabetischen Bevölkerung Lesen und Schreiben beizubringen, und sie gibt dieses Ziel den Leuten, die das Programm durchführen, die es tatsächlich über staatliche und lokale Behörden umsetzen, und sie gibt ihnen dieses Ziel, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass alle sagen, sie hätten das Ziel erreicht, wenn es keinen Mechanismus zur Rechenschaftspflicht gibt. Und dann hat die Regierung diese Daten, die besagen: wir haben das Ziel erreicht. Aber das lässt sich daraus nicht ableiten.

Was wir tatsächlich getan haben, war etwas sehr Einfaches. Wir haben uns die Haushaltsumfrage des Nationalen Instituts für Statistik angesehen, in der Fragen zur Alphabetisierung gestellt wurden, und wir haben die Menschen im Grunde genommen nach ihrer selbst angegebenen Alphabetisierung gefragt. Man hätte erwarten können, dass sich zumindest die selbst angegebene Alphabetisierung verbessert hätte. Man hätte sagen können: „Nun, vielleicht haben sie ihnen nicht so gut Lesen und Schreiben beigebracht, aber wenn man einen Alphabetisierungskurs besucht und ein Diplom erhalten hat, dass man Lesen und Schreiben gelernt hat, würde man zumindest erwarten, dass diese Menschen sagen: Ja, ich kann lesen und schreiben, wissen Sie? Nun, ich bin mir sicher, dass es einige Leute gab, die das Programm durchlaufen haben, aber es war nicht stark genug, um in unserer Schätzung als statistisch signifikant identifiziert zu werden.“

Aber es gibt einige Statistiken, die einen Rückgang der Armut und der extremen Armut zeigen.

Ja, aber das ist nicht die Frage. Armut geht mit Wirtschaftswachstum immer zurück. Die Frage, die Sie eigentlich stellen wollen, ist also eine andere. War der Rückgang der Armut höher oder nicht höher als Sie erwartet hätten, angesichts des Ölbooms. Meine Schlussfolgerung dazu lautet: Ich konnte in den Daten nichts finden, was diese These stützt, daher bin ich zu einer etwas anderen Schlussfolgerung gekommen, nämlich dass die Chávez-Regierung zwar den Lebensstandard verbessert hat, man aber bedenken muss, dass Chávez gewählt wurde, als venezolanisches Öl für 9 Dollar pro Barrel verkauft wurde, und als er starb, lag der Preis für venezolanisches Öl bei über 100 Dollar pro Barrel. Es ist also klar, dass die Venezolaner in dieser Zeit besser lebten, und die Venezolaner erinnern sich daran. Aber haben wir wirklich starke Verbesserungen bei der Verteilung? Wenn wir über Verteilung sprechen, ist das tatsächlich ein weiterer Punkt, bei dem die Daten tatsächlich eine Verbesserung der Verteilung zu zeigen scheinen. Das ist ein Bereich, in dem man sagen könnte, dass es einige Anzeichen für Fortschritte in der Chávez-Regierung gibt.

Aber es gibt auch andere Phänomene, die ich sehr, sehr besorgniserregend finde, wie zum Beispiel die sehr hohe Akkumulation privater Auslandsvermögen durch Kapitalflucht. Aber es war eine staatlich sanktionierte Kapitalflucht, denn es war nicht einmal – diese Leute waren nicht einmal – sie haben das Geld völlig legal aus dem Land gebracht, weil die Regierung einfach diese absurde Subventionierung des Wechselkurses beibehalten hat und einfach billige Dollar verkauft hat, die dann auf Offshore-Bankkonten gelandet sind. Wenn man sich den Gini-Koeffizienten ansieht, sagt einem dieser, was die Menschen in einem Land verdienen. Aber der Gini-Koeffizient sagt einem nicht, wie viel Geld reiche Menschen außerhalb des Landes haben. Und das ist etwas, das während Chávez stark angestiegen ist.

Ich stehe Chávez' Wirtschaftspolitik also sehr kritisch gegenüber, und ich denke, dass, wissen Sie, ich werde etwas sagen, das wahrscheinlich viele Leute schockieren wird, aber ich denke tatsächlich, dass Maduro in dieser Hinsicht vielleicht besser war als Chávez, denn Maduro hat auch viele Dinge falsch gemacht, aber zum Zeitpunkt der Sanktionen hat Maduro etwas getan, das ich als bemerkenswert effektiv empfand und das wahrscheinlich eine Hungersnot in Venezuela verhindert hat, nämlich ein massives Programm zur direkten Verteilung von Lebensmitteln durch Lebensmittelpakete, die direkt an die Haushalte geliefert wurden. Und ich habe einen Artikel, der in einem von der Interamerikanischen Entwicklungsbank herausgegebenen Buch erscheint und der im Wesentlichen zeigt, dass dieses Programm den Kalorienverbrauch der Venezolaner um 500 Kalorien pro Person erhöht hat. Das ist tatsächlich eine bemerkenswerte Verbesserung, und wenn man sich vorstellt, was ohne dieses Programm in dieser Wirtschaft im freien Fall passiert wäre, dann hätte es meiner Meinung nach viel schlimmer kommen können.

Was Sie gerade gesagt haben, zeigt, wie unabhängig und aufgeschlossen Sie denken, denn ich glaube, nach dem, was Sie zuvor gesagt haben, dachten viele unserer Zuschauer wahrscheinlich, dass Sie grundsätzlich gegen die Linke sind, und jetzt sagen Sie etwas, das eine sehr linke Idee wäre, nämlich den Armen direkt Lebensmittel zu geben. Das ist eine wichtige Frage, denn Lateinamerika ist die Region mit der größten Ungleichheit weltweit. Und das bedeutet meiner Meinung nach, dass es wirklich eine kluge linke Politik der Umverteilung braucht, aber diese Politik sollte klug sein und funktionieren, ohne der Wirtschaft zu schaden. Und leider hat man damit nicht viel Glück, wissen Sie, viele linke Regierungen in der Region scheinen einfach ziemlich inkompotent zu sein. In Mexiko scheint die derzeitige Regierung – ich meine, es ist der richtige Weg, den Armen mehr zu geben, denke ich, aber dann gibt es viel Verschwendung und Korruption.

Ja. Und ehrlich gesagt denke ich, dass Chávez' Politik in gewisser Weise sehr schädlich war, weil er unter anderem alle Institutionen der Rechenschaftspflicht zerstört hat. Lassen Sie mich kurz für ein anderes Buch werben. Es gibt dieses wirklich schöne Buch von William Neumann, einem Reporter der New York Times, der viele Jahre lang über Venezuela berichtet hat. Ich habe den Titel vergessen, aber es geht darum, dass die Dinge immer schlechter werden, als man glaubt, dass sie werden können. In dem Buch wird die Geschichte erzählt, wie Chávez eine Eisenbahnstrecke eingeweiht hat. Es war viel Geld in die Eisenbahn gesteckt worden, aber sie war noch nicht fertig, und niemand wollte Chávez sagen, dass sie noch nicht fertig war. Also haben sie tatsächlich – und das ist eine Geschichte, die William, der Reporter, aus Gesprächen mit ehemaligen Ministern der Regierung zusammengetragen hat – alle mussten sie einen Weg finden, Chávez, die Öffentlichkeit und die Presse davon zu überzeugen, dass die Bahn funktionierte, obwohl das nicht der Fall war. Also entwickelten sie ein System, mit dem sie den Wagen des Zuges manuell ein wenig bewegen konnten, damit Chávez seine Jungfernfahrt machen konnte und es so aussah, als würde der Zug funktionieren, obwohl das nicht der Fall war. Der Punkt ist, dass alle, alle Minister, Chávez

getäuscht haben. Chávez glaubte das tatsächlich. Aber alle wussten, dass sie Chávez täuschten, und damit täuschten sie auch das ganze Land.

Aber ehrlich gesagt sehe ich Trump gerade, und es ist genau dasselbe. Und natürlich haben diese Präsidenten ihre Schwächen, obwohl ich denke, dass Chávez damals über eine viel größere geistige Kapazität verfügte als Trump meiner Meinung nach heute. Aber letztendlich ist ein Teil des Problems die Struktur der Anreize, die dieses personalistische Regime tatsächlich schafft, wo letztendlich viele Menschen den Staatschef belügen, weil dort so viel Macht konzentriert ist, und man am Ende eine sehr schlechte Politik hat.

Aber Sie zeigen in Ihrem Buch auch, dass die Opposition kaum zur Rechenschaft gezogen wird, und einer der Hauptgründe dafür ist die Unterstützung durch die Vereinigten Staaten. Das mächtigste Land der Welt unterstützt sie, sodass sie sich nicht sonderlich darum kümmern müssen, was die Menschen in Venezuela von ihnen erwarten. Denn es gibt einige erstaunliche Meinungsumfragen in Venezuela, die zeigen, dass beispielsweise 75 % der Venezolaner gegen Sanktionen sind. Trotzdem liegt die Unterstützung für den Chavismus heute bei weniger als 25 %, zumindest für Maduro. Das bedeutet also, dass etwa die Hälfte der Venezolaner, wahrscheinlich sogar mehr, im Grunde genommen nicht mögen, was Maduro tut, aber sie mögen auch nicht, was Machado und die US-gestützte Opposition tun. Und sie mögen ganz sicher nicht, was die Vereinigten Staaten diesem Land antun. Was ist also mit der Mehrheit der Venezolaner, die im Grunde genommen Frieden und Wohlstand wollen, wahrscheinlich auch eine Art Demokratie und natürlich Essen auf dem Tisch? Sie sind also gegen Sanktionen, gegen eine militärische Intervention, aber auch gegen die Diktatur. Es ist also eine sehr tragische Situation. Sie zeigen, dass es tatsächlich eine große Opposition gibt, eine große Bewegung, die klüger und weiser ist. Aber es scheint, als würde der Westen ironischerweise genau die radikalste und extremste Opposition unterstützen.

Wissen Sie, um fair zu sein, gab es 2024 eine Vorwahl der Opposition, und María Corina Machado, die der Inbegriff dieser radikalen Hardliner-Opposition ist, gewann diese Vorwahl mit einem sehr hohen Stimmenanteil. Außerdem hat sie sich für ihren Kandidaten Edmundo González eingesetzt, weil sie selbst nicht kandidieren durfte, und Edmundo González hat diese Wahl ebenfalls gewonnen, aber Maduro hat sie gestohlen. Ich würde jedoch sagen – und das ist interessant, denn in meinem Buch schreibe ich unter anderem, dass dies zwar die Geschichte von 2024 ist, diese Geschichte aber nicht in der Zeit eingefroren ist. Wenn man zurückblickt, sagen wir auf das Jahr 2021, als Regionalwahlen stattfanden, schnitten die Kandidaten der Mitte bei den Regionalwahlen tatsächlich viel besser ab. Und ich denke, ein Grund dafür ist, dass die Wähler zwischen zwei Dilemmata gefangen sind. Das eine ist das Versprechen einer absoluten Veränderung, das einen wirklich sehr motivieren kann, und wenn man das hat – deshalb habe ich gesagt, dass María Corina Chávez sehr ähnlich ist. Ihre ganze Geschichte lautet: Wir werden alles komplett verändern. Dies wird ein brandneues Land werden. Wir werden alle Faulenzer rauswerfen, und ich denke, dass Wähler in einer Krise wie der in Venezuela sehr gut darauf reagieren können, wenn es sich um eine nationale Botschaft handelt. Aber es ist zum Teil eine Illusion. Und wenn man die Wähler tatsächlich fragt, wen sie als Bürgermeister oder Gouverneur wollen, dann sagen sie vielleicht: Nun, ich möchte eigentlich jemanden, der aus der Opposition kommt, aber mit der Regierung verhandeln kann, denn das sind diejenigen, die besser für mich sind. Das sind diejenigen, die dafür sorgen, dass der Müll abgeholt wird

Wir wissen, dass manche Leute manchmal sehr effektive Wahlkampagnen führen und die Präsidentschaft gewinnen können, ohne dass sie unbedingt sehr gute Führer für das Land sind. Ich muss nicht weit gehen, um zu sagen, dass wir dafür gerade ein sehr anschauliches Beispiel haben.

Aber wissen Sie, was wirklich auffällig ist? Dass Sie sagen, dies sei die von den USA unterstützte Opposition, und das war bis vor zwei Wochen auch so.

Ironischerweise, es ist sehr interessant, denn die USA, nachdem sie in Venezuela einmarschiert waren, Maduro gestürzt hatten und entscheiden mussten, wie es weitergehen sollte... sie hatten im Grunde genommen gerade gezeigt, dass sie den Staatschef entführen konnten. Das ist eine Machtdemonstration, die man als glaubwürdige Drohung bezeichnen kann. Warum war der nächste Schritt der USA dann nicht, zu sagen, dass der Oberste Gerichtshof oder wer auch immer anerkennen muss, dass Edmundo González die Wahlen gewonnen hat, und dass er in den Präsidentenpalast einziehen und ein Kabinett ernennen und das Land regieren darf? Weil die USA effektiv entschieden haben, dass das nicht machbar war, und das war die Einschätzung des US-Geheimdienstes: Wenn wir diesen Weg einschlagen, würden wir genau denselben Fehler begehen, den wir im Irak begangen haben, und dann hätten wir alle Chavistas gegen uns, genau wie damals, als Sie alle Mitglieder der Baath-Partei aus der Regierung entlassen haben und sie alle – nun, nicht alle, aber viele von ihnen – sich schließlich der Rebellion angeschlossen haben und einige von ihnen sogar zum IS gegangen sind. Es könnte wieder genauso kommen. Was würde also passieren? Aber es ist sehr interessant, denn dies ist auch eine Einschätzung der Opposition. Da ist also diese radikale Führerin, diese Hardlinerin, María Corina Machado, die ihre ganze Karriere lang gesagt hat, dies sei ein Kampf zwischen Gut und Böse. Dies sei ein Kampf zwischen dem anständigen Venezuela und der kriminellen Mafia, die den Staat kontrolliert. Und María Corina ist eine sehr eigenartige Figur, denn als Juan Guaidó kurzzeitig zustimmte, an den von Norwegen vermittelten Verhandlungen teilzunehmen, kritisierte sie ihn. Sie sagte: Nein, man kann nicht mit der Regierung verhandeln. Die Regierung muss weg, Punkt. Tatsächlich kritisierte sie Guaidó dafür, dass er nicht offen zu einer militärischen Intervention aufgerufen hatte. Sie sagte, wenn Guaidó als Staatsoberhaupt offiziell gesagt hätte: „Ich bitte andere Länder in der Region um Hilfe, um diese Kriminellen, die den Präsidentenpalast besetzt haben, zu vertreiben“, dann würde jeder andere eine Armee schicken, um Guaidó an die Macht zu bringen. Ich halte das für falsch, aber jedenfalls war sie es, die dieses Argument vorbrachte.

Die Sache ist also die: es überrascht mich nicht, dass in einem Land, das das durchgemacht hat, was Venezuela durchgemacht hat, wo ein Viertel der Bevölkerung das Land verlassen hat, wo es zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch gekommen ist, der drei aufeinanderfolgenden Weltwirtschaftskrisen entspricht, und wo darüber hinaus eine Regierung zunehmend autoritär geworden ist und die Opposition sehr ineffektiv darin war, Veränderungen herbeizuführen, dann kommt jemand wie Machado und sagt: „Oh, das liegt daran, dass all die anderen, die die Opposition angeführt haben, in Wirklichkeit mit der Regierung unter einer Decke gesteckt haben. Ich bin diejenige, die nicht mit der Regierung unter einer Decke steckt. Ja, schaut mal, ich habe nie einen Deal mit der Regierung gemacht. Und ich werde es auch nie tun. Sie müssen einfach weg. Das macht Sinn. Ich mag es nicht, aber es macht Sinn, dass die Menschen sich davon angezogen fühlen, denn in gewisser Weise hat sie ihnen eine Illusion verkauft. Aber es ist eine Illusion, und zwar deshalb, weil sie das Land nicht regieren kann, so sehr, dass sogar Marco Rubio, der María Corina Machado für den Friedensnobelpreis nominiert hat, Trump empfiehlt, sie nicht zu ernennen, wenn er tatsächlich eine Entscheidung treffen muss. Das würde das Land nicht stabilisieren, sondern destabilisieren. Und das ist die eigentliche Tragödie der Opposition, dass sie nicht in der Lage war, einen gangbaren Weg für einen demokratischen Übergang aufzuzeigen. Man schafft keinen demokratischen Übergang, indem man einfach sagt, die Leute, die das Land regieren, seien böse und müssten alle weg. Denn damit bereitet man sich eigentlich nicht auf einen demokratischen Übergang vor. Was man damit erreicht, ist, dass eine Diktatur durch eine andere ersetzt wird. Die Frage ist, ob es Menschen gibt, die tatsächlich Verhandlungen aufnehmen können, damit wir eine Reihe solider Garantien schaffen können, durch die wir zu einer Wahl gelangen können, bei der

es nicht darum geht, dass diese Leute an die Macht kommen und uns dann alle ins Gefängnis werfen. Das ist keine demokratische Wahl. Das ist im Grunde genommen nur eine Fortsetzung des Bürgerkriegs. Können wir eine Reihe von Institutionen aufbauen, in denen sich die um die Macht konkurrierenden Personen tatsächlich auf einen Rahmen einigen können, der diese Differenzen auf Wahlbasis löst, ohne dass die Wahl mit dem Verlust der Freiheit oder der Verbannung in ein US-Gefängnis verbunden ist? Das ist die eigentliche Herausforderung, die die Opposition meiner Meinung nach nicht effektiv angehen konnte, und weil sie dieses Vakuum hinterlassen hat, ist Machado in diese Lücke gesprungen. Und natürlich haben wir jetzt das Problem, dass viele Menschen auf Venezuela schauen und sagen: Sie repräsentiert die Opposition. Es geht um sie und Maduro oder um sie und Diosdado Cabello. Nun, nein, Venezuela ist viel mehr als diese beiden Personen.

Ja, mir gefällt an dem Buch auch, dass Sie diese verschiedenen Perspektiven einnehmen und es aus dieser Perspektive betrachten, aus der anderen Perspektive, und man bekommt das Gefühl, dass sie alle in einen Kampf ums Überleben verwickelt sind. Es geht um Leben und Tod oder zumindest darum, nicht ins Gefängnis zu kommen. Und man entwickelt Mitgefühl für all die verschiedenen Akteure und sieht, wie ähnlich sie sich in ihrem Extremismus und ihrer Verzweiflung sind, aber sie haben auch alle die halbe Wahrheit. Der einzige Akteur, bei dem es mir schwerfällt, Mitgefühl zu empfinden, sind eigentlich die Vereinigten Staaten als mächtigstes Land der Erde. Sie müssen nichts befürchten, sie sind von ihren Handlungen nicht betroffen, und warum unterstützen sie dann einige der extremsten Elemente der Opposition? Warum verhängen sie weiterhin Sanktionen gegen das Land, obwohl sie wissen und es klar ist, dass dies den Menschen in Venezuela am meisten schadet und dass Menschen daran sterben? Und warum marschieren sie dann einfach in das Land ein und verstößen damit gegen das Völkerrecht? Also, ich finde wirklich, dass zumindest alle venezolanischen Akteure Venezolaner sind, sie sind alle persönlich betroffen, und man kann verstehen, dass die Emotionen hochkochen. Das rechtfertigt nicht alles, was sie auf beiden Seiten tun, aber man kann es zumindest verstehen, aber für die Vereinigten Staaten ist es für mich schwer, viel zu empfinden, ich weiß nicht, was ihre Entschuldigung ist.

Aber wissen Sie, so funktionieren Imperien, und es ist nicht so, dass es keine Menschen gibt, die diese Imperien leiten und gute Absichten haben. Es ist nur so, dass – und ich habe das wirklich oft erlebt in meinen Begegnungen mit US-Außenpolitikern, nicht mit allen – es gibt eine sehr gefährliche Denkweise, und diese Denkweise ist, dass diese Leute das Land nicht regieren können, wissen Sie, sie – wir müssen es für sie tun, oder wenn wir es nicht für sie tun, dann wird es ein Chaos geben. Wenn ich Leute höre, die in der US-Außenpolitik tätig sind und Entscheidungen über Venezuela treffen – und ich möchte ganz klar sagen, dass das nicht auf alle zutrifft –, dann habe ich oft den Eindruck, dass sie eine arrogante Haltung haben, nach dem Motto: Wir haben es hier mit einem unterentwickelten Land zu tun, die wissen nicht, wie sie ihre Probleme lösen sollen, und deshalb sind sie in einer so schrecklichen Lage. Und natürlich ist das mit einer Menge Vorurteilen gegenüber dem Chavismus verbunden. Es ist, als wären die Chavistas dumm.

Ich bin sehr kritisch gegenüber dem Chavismo, und ich denke, dass der Chavismo das Land sehr schlecht regiert hat. Aber es mangelt grundlegend an Respekt für die Tatsache, dass der Chavismus von den Venezolanern gewählt wurde und die Hoffnungen von Millionen von Menschen repräsentiert, die für ihn gestimmt haben. Das fehlt oft in der Haltung eines Landes, das sich als Herrscher über die Hemisphäre versteht, und ich denke, dass diese Ansicht, dass die USA die Hemisphäre beherrschen, leider sehr tief in den außenpolitischen Kreisen der USA verwurzelt ist. Die Sache ist die: Trump hat dies lediglich offen ausgesprochen. Seit den Zeiten von Theodore Roosevelt gab es keinen US-Präsidenten mehr, der bereit war, offen zu sagen: Wir werden dieses

Land regieren, weil es selbst dazu nicht in der Lage ist. Das bedeutet nicht, dass sie dies nicht dachten. Wissen Sie, das ist eines der Dinge, die ich an Trump gut finde, dass er wirklich sagt, was er denkt, und uns wirklich wissen lässt, wie die USA einige dieser Themen angehen.

Und dann ist da noch das andere Problem, nämlich die imperiale Denkweise, dass das Leid in dem Land, über das Macht ausgeübt wird, zweitrangig ist, und noch viel mehr, wenn es sich um Leid unter denen handelt, die nicht zu Ihren politischen Verbündeten gehören, oder wenn es als Waffe eingesetzt wird. Aber wir haben das gesehen, und ehrlich gesagt gibt es Fälle, in denen – während des Zweiten Weltkriegs litt Indien unter einer Hungersnot, und das lag zum Teil daran, dass Churchill entschied, dass es im Vergleich zu den Kriegsanstrengungen keine Priorität hatte, Indien zu ernähren. Und natürlich werden solche Verhaltensweisen in der Geschichte verschwiegen, und ich zitiere dieses Beispiel konkret, weil das unsere Helden sind.

Ich denke, dass es in den Beziehungen zu Lateinamerika und zu Venezuela viel davon gibt, und das kann dazu führen, dass die USA Sanktionen gegen ein Land verhängen und das Leid, das diese Sanktionen verursachen, ignorieren. Und dann vermischt sich das mit dieser polarisierten Politik, wo es auch Leute in der Opposition gibt, die Sanktionen wollen, weil sie diese Sanktionen einfach für notwendig halten, um die Regierung aus dem Amt zu vertreiben. Manchmal ist die Neigung zu Sanktionen fast nur ein Mittel, um Frustrationen abzubauen und die Regierung und die Menschen dort zu bestrafen.

Und dann entsteht diese extreme Form der Verleugnung, und einige Leute, die die Sanktionen verhängen sind nicht einmal bereit, die grundlegenden Konsequenzen ihrer Auswirkungen anzuerkennen. Das klassische Beispiel dafür ist Madeleine Albright, nicht wahr? In den 90er Jahren, als Sanktionen gegen den Irak verhängt wurden und Beweise für die Auswirkungen dieser Sanktionen im Irak auftauchten, wurde sie tatsächlich von 60 Minutes interviewt, und die Reporterin Lesley Stahl zeigte ihr die Beweise für das, was im Irak geschah, und sagte: „Sehen Sie, Schätzungen zufolge sind im Irak mehr Kinder infolge der Sanktionen gestorben als in Hiroshima. Ist es das wert?“ Und Madeleine Albright antwortete: Ja, das ist es wert. Und wissen Sie, das war natürlich ein skandalöser Moment, aber in Wirklichkeit gibt es diese Denkweise immer noch.

Und sie wirkt nicht wie eine Fanatikerin, wissen Sie? Das wäre der Unterschied zu jemandem wie Chávez. Sie ist nicht sehr emotional. Sie ist einfach die Banalität des Bösen, wissen Sie? Sie ist eine böse Bürokratin, aber am Ende sind die Ergebnisse ihrer Politik immer noch Tausende von Toten.

Genau.

Sie sind auch Mitautor einer Studie – Die Auswirkungen internationaler Sanktionen – in der Sie zeigen, ich lasse Sie das erklären, dass einseitige Sanktionen, vor allem durch die USA, aber auch durch Europa, in den letzten 12 Jahren oder so jährlich über eine halbe Million Todesfälle verursacht haben, jedes Jahr. Mehr als eine halbe Million Menschen sterben weltweit aufgrund westlicher Sanktionen, und das sind wahrscheinlich etwas mehr als alle Menschen, die weltweit in allen Kriegen zusammen sterben. Sanktionen verursachen also tatsächlich mehr Todesfälle als Kriege, und die meisten dieser Sanktionen werden vom Westen verhängt.

Francisco Rodríguez: Ja, ja, das ist richtig. Das ist ein Artikel, den wir im August letzten Jahres in The Lancet Global Health veröffentlicht haben. Ein Teil unserer Arbeit bestand im Wesentlichen darin, eine Reihe von ökonometrischen Methoden anzuwenden, die dafür entwickelt wurden – das habe ich bereits erwähnt, als wir über die Sanktionsforschung in Venezuela gesprochen haben. Es

gibt eine Reihe von ökonometrischen Methoden, die entwickelt wurden, um Fragen der Kausalität in nicht-experimentellen Daten zu untersuchen. Wir haben also im Wesentlichen die vier bekanntesten Methoden genommen, nämlich Differenz-in-Differenzen, Ereignisstudien, Granger-Kausalitätstests und instrumentelle Variablen, und sie auf die länderübergreifenden Daten zwischen 1971 und 2021 über die Auswirkungen von Sanktionen auf altersspezifische Sterblichkeitsraten angewendet, und daraus haben wir diese Schätzungen abgeleitet. Und das führt uns im Wesentlichen zurück zu der Frage: Sehen Sie, das sind sehr umstrittene Themen, aber was wir brauchen, ist solide Wissenschaft, die es uns ermöglicht, die Auswirkungen zu verstehen, um dann eine auf dieser Wissenschaft basierende politische Diskussion zu führen.

Im Laufe der Zeit haben wir unter anderem festgestellt, dass viele politische Entscheidungsträger die Diskussion oft vermeiden oder abwenden, weil diese Beweise nicht so klar und überzeugend präsentiert wurden, wie wir es meiner Meinung nach getan haben. Was ist also in Fällen wie Venezuela die typische Reaktion von beispielsweise US-Politikern, die Sanktionen verhängen? Sie sagen: Oh nein, es stimmt nicht, dass Sanktionen eine Wirkung haben. All das liegt in der Verantwortung von Nicolás Maduro. Alles Schlechte, was in Venezuela passiert ist, liegt in der Verantwortung von Nicolás Maduro. Und das ist wirklich eine rhetorische Antwort. Es ist keine wissenschaftliche Antwort, da sie nicht auf einer Bewertung der Auswirkungen basiert. Ein Teil dessen, was wir tun wollten, war zu sagen: Seht mal, es gibt Daten, die es uns ermöglichen, die Auswirkungen abzuschätzen. Hier sind sie, und jetzt lasst uns über diese Auswirkungen diskutieren. Ich möchte noch einmal auf Madeleine Albright zurückkommen, denn eigentlich war Madeleine Albright in gewisser Weise zumindest ehrlich. Sie sagte: „Sehen Sie, wir wägen die Dinge ab“, und der Interviewer entgegnete ihr: „Sehen Sie, es gibt all diese negativen Auswirkungen der Sanktionen, glauben Sie, dass es das wert ist?“ Ihre Antwort, die sehr schlecht formuliert war, lautete: „Nun, wir glauben, dass diese Sanktionen zu etwas Positivem führen werden, beispielsweise zu einer Änderung des Verhaltens des Regimes, und das ist unser Ziel.“ Es geht also darum, das Gute und das Schlechte abzuwägen. Und das ist eine Diskussion, die man führen kann. Es ist eine komplexe Diskussion. Sie führt zurück zu dieser Frage der Moralphilosophie.

Wenn ich über Sanktionen unterrichte, ist eine der ersten Diskussionen, die ich mit meinen Studenten führe, dieses berühmte Problem der Philosophie, das Trolley-Problem. Beim Trolley-Problem steht man vor einer Eisenbahnstrecke, auf der ein Zug mit hoher Geschwindigkeit auf einen Ort zusteuert, an dem sich fünf Menschen befinden, und der Zug wird diese fünf Menschen überfahren, und vor einem steht eine sehr schwere Person, die man einfach auf die Gleise stoßen kann, um den Zug zu stoppen. Man tötet also eine Person, um fünf zu retten. Und die Menschen haben viele unterschiedliche Ansichten über die philosophische Lösung dieses Problems.

Aber natürlich passiert es oft, dass politische Entscheidungsträger sich nicht mit diesem Thema auseinandersetzen wollen. Sie sagen: „Oh nein, diese fünf Menschen sind gar nicht da.“ Das ist fast so, als würde jemand vor dem Trolley-Problem sagen, dass diese fünf Menschen nicht existieren, dass man sie sich nur vorstellt. Deshalb wollten wir dies wieder zu einer quantitativen Diskussion machen, um zu sagen: „Seht her, wir stellen sie uns nicht vor.“ Hier sind die Beweise. Sie sind in der weltweit renommiertesten Fachzeitschrift für öffentliche Gesundheit veröffentlicht, nämlich in The Lancet Global Health. Lassen Sie uns also hier darüber diskutieren. Auf der Grundlage von Beweisen sollten politische Diskussionen geführt werden.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es vielleicht alles sehr düster klingt, als wäre es ein sehr pessimistisches Buch, weil Sie Chávez und Maduro schlecht dastehen lassen, die Opposition schlecht dastehen lassen und die Vereinigten Staaten schlecht dastehen lassen, aber in

gewisser Weise gibt es viel Hoffnung, denn Sie zeigen, dass sie alle in diesem Nullsummenkonflikt gefangen sind, und Sie haben eine ganze Reihe von Ideen, die weltweit getestet wurden und manchmal funktioniert haben, wie man diesen Stillstand überwinden kann, und was Sie im Grunde sagen, ist, dass Venezuela eine Art Friedensabkommen oder vielleicht eine Art Power Sharing braucht. Und ich glaube nicht, dass die Details so wichtig sind. Was wirklich zählt, ist, dass beide Seiten zusammenkommen und sagen: Hey, wir müssen für die Menschen in Venezuela arbeiten, und die internationale Gemeinschaft, und damit meine ich vor allem die Vereinten Nationen und nicht die Vereinigten Staaten, muss ihnen dabei helfen.

Ja. Sie haben es gut zusammengefasst, und genau deshalb stelle ich mehrere Beispiele vor, sowohl Fälle, in denen das nicht funktioniert hat, als auch Fälle, in denen es funktioniert hat. Wenn man sich den polnischen Übergang ansieht, ging es in Polen wirklich um die Bereitschaft der Seiten, ein Koexistenzabkommen zu schließen. Und wissen Sie, es gibt da ein Bild, das mir manchmal wieder in den Sinn kommt, nämlich Lech Wałęsa, der viele Jahre später Jaruzelski besucht, als Jaruzelski krank wurde und im Krankenhaus lag, und Lech Wałęsa besucht ihn und überbringt ihm einfach seine Genesungswünsche. Und wissen Sie, das ist die Zukunft, die ich mir für Venezuela vorstellen möchte, und ich denke, es ist kein Zufall, dass, wenn man sich fragt, welches Land sowohl wirtschaftlich als auch politisch den stabilsten und effektivsten Übergang aus dem Kommunismus geschafft hat, es Polen war, weil es auf dieser Vereinbarung aufgebaut war.

Ja, ich denke, das ist eine Herausforderung für uns Venezolaner, für alle, denen Venezuela am Herzen liegt. Wie bringen wir die Teile zusammen? Und hier ist, ehrlich gesagt, und ich sage das, ich bin nicht gerne optimistisch, was Trump tut, weil ich sehr gute Gründe habe, das nicht zu sein, aber ich höre Trump in den letzten Tagen sagen, dass wir uns sehr gut mit der Regierung von Venezuela verstehen und dass wir eine hervorragende Beziehung zu ihnen haben. Er sagt aber auch, dass er mit María Corina Machado spricht und dass er eine sehr gute Meinung von ihr hat. Und ich sage: Mann, ich hoffe, dass das tatsächlich klappt – denn wenn es jemand schaffen kann, dann ist es die Regierung der USA, die viel Schaden angerichtet hat, aber wenn es jemanden gibt, der diese beiden tatsächlich an einen Tisch bringen und sagen kann: „Schaut mal, ihr beide habt viel zu bieten und könnt viel Gutes für das Land tun, ihr müsst nur eine Einigung erzielen“, dann ist das im Moment wahrscheinlich der Präsident der Vereinigten Staaten.

Das Schwierige daran könnte sein, dass streng genommen ein Power Sharing-Abkommen, wie Sie es beispielsweise in Nordirland haben, nicht wirklich demokratisch ist. In Nordirland brauchte man eine solche Vereinbarung, weil sonst die Protestanten immer in der Mehrheit gewesen wären und die katholische Minderheit weiterhin unterdrückt hätten. Deshalb würde es nicht funktionieren – und die IRA hätte weiter gekämpft. Vielleicht bräuchte Venezuela also eine Demokratie mit Power Sharing-Elementen.

Aber sehen Sie, ich denke, das ist der Grund, warum es in stabilen Demokratien nicht nur um Wahlen geht. Deshalb gibt es die Gewaltenteilung, deshalb gibt es Beschränkungen der Exekutivgewalt, deshalb gibt es Zwänge für die Exekutive. Meine Ansicht dazu ist, dass die Frage, die wir uns in Venezuela stellen sollten, nicht die nach Wahlen ist. Ich denke, dass Wahlen am Ende eines demokratischen Übergangs stehen. Man sollte sich vielmehr darauf konzentrieren, wie man die Institutionen des Landes reformieren kann, damit Wahlen keine existenzielle Bedrohung für denjenigen darstellen, der sie verliert. Das bedeutet, dass man eine Reihe von Garantien schaffen muss, zu denen auch gehören kann – und das ist in vielen Konflikten sehr verbreitet –, dass die Seite, die die Wahl verlieren wird, von der man glaubt, dass sie verlieren wird, garantierte Sitze erhält.

Bis zu einem gewissen Grad – wir sprechen hier über den polnischen Übergang – wurden die Wahlen von 1989 genau so gestaltet. Sie basierten auf der Idee, dass die Kommunisten eine sehr große Anzahl von reservierten Sitzen erhalten sollten, sodass die neue Regierung unabhängig vom Wahlausgang eine Vereinbarung mit den Kommunisten treffen musste. Ich denke also, dass es einen Weg gibt, dies zu erreichen, aber das ist das Problem der Art und Weise, wie sich die US-Politik darin verstrickt hat, denn die US-Politik neigt zu dem Vorurteil, dass Demokratie bedeutet, die Opposition gewinnen zu lassen, die Opposition an die Macht zu bringen und dann den Chavismo aus der Macht zu vertreiben. Aber eine Wahl ist nur ein Teil einer Demokratie. Das ist wirklich nicht das, was den Aufbau einer Demokratie ausmacht. Eine Demokratie ist ein Koexistenzpakt. Es ist eine Reihe gemeinsamer Regeln, in denen die Seiten des politischen Konflikts vereinbart haben, sich gemäß den Regeln von Wahlen und Wahlvertretung zu messen, solange es eine Reihe grundlegender Garantien gibt, die sicherstellen, dass sie alle an dieser Gesellschaft und am politischen Leben dieser Gesellschaft teilnehmen können.

Ich halte es für machbar, dieses Ziel zu erreichen. Ich glaube nicht, dass man das in sechs Monaten schafft. Man hält in sechs Monaten Wahlen ab, und das Ergebnis wird genauso ausfallen wie bei den Wahlen 2024 oder noch schlechter. Ich meine, das wäre die einzige Möglichkeit, wie es für die Opposition tatsächlich noch schlimmer kommen könnte, denn wenn sich die Wirtschaft mit diesem Ölgeschäft jetzt erholt und das Wirtschaftswachstum sehr schnell anzieht, würde ich die Möglichkeit nicht ausschließen, dass Diosdado Cabello oder der Chavismus diese Wahlen gewinnen könnten. Was übrigens sogar die US-Regierung verstanden hat. Das war der Grund, warum sie María Corina Machado nicht an die Macht bringen konnten. Sie müssen das Problem der Koexistenz lösen, bevor Sie Wahlen abhalten.

Aber es gibt Meinungsumfragen, die zeigen, dass die Mehrheit der Venezolaner Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition befürworten würde.

Das ist richtig.

Das bedeutet, dass es viel Hoffnung geben würde. Also, wenn beide Seiten einfach mehr guten Willen gegenüber der anderen Seite zeigen würden, einander zuhören würden und verstehen würden, dass die Menschen in Venezuela das tatsächlich wollen. Und dann könnte man sich die Hände reichen, und dann könnte man eine Regierung der nationalen Einheit haben. Und dann könnte man immer noch demokratische Wahlen abhalten. Ich klinge wie ein Träumer.

Nun, ich würde hier tatsächlich zu meinem analytischen Rahmen zurückkehren und sagen, dass es nicht so sehr eine Frage der Absichten ist, sondern eine Frage der Anreize. Aber ich denke, wenn wir die Verhandlungen über institutionelle Reformen so gestalten können, dass diese institutionellen Reformen zu Wahlen führen, bei denen der Verlierer der Wahlen, sagen wir der Chavismus, sich relativ sicher fühlen kann, dass er in die Opposition gehen kann, wenn er verliert, und dass er weiterhin politisch aktiv sein kann und nicht verfolgt wird, dann denke ich, dass diese Wahlen eine Lösung sein können. Aber ich denke, wir müssen über die Infrastruktur dieses politischen Abkommens nachdenken, denn es geht nicht nur um Versprechungen, denn Versprechungen können gebrochen werden, und guter Wille kann vorgetäuscht werden.

Um zum Beispiel auf etwas zurückzukommen, was ich über die venezolanische Verfassung gesagt habe: Die Tatsache, dass der venezolanische Präsident im Wesentlichen einen Prozess in Gang setzen kann, der zur Auflösung des Obersten Gerichtshofs führt, muss weg. Das kann es nicht geben. Angenommen, man schafft das ab. Dann haben Sie eine interessante Situation, in der ein neuer Präsident aus der Opposition an die Macht kommt, dessen Macht jedoch durch den Obersten Gerichtshof eingeschränkt wird, nämlich den aktuellen Obersten Gerichtshof oder den Obersten

Gerichtshof, der während der Chavista-Regierung ernannt wurde. Das entspricht meiner Meinung nach in etwa der Struktur der Gewaltenteilung und der gegenseitigen Kontrolle, in der meiner Meinung nach das demokratische Abkommen funktionieren kann.

Ja, aber als ich Ihr Buch gelesen habe, habe ich auch darüber nachgedacht, dass immer noch die Frage im Raum steht, warum die Menschen in Venezuela so oft auf diesen Populismus von beiden Seiten hereinfallen. Ich möchte nicht arrogant klingen oder so, aber ich denke, das zeigt, dass Bildung immer noch ein großes Problem in diesem Land sein muss. Aber man könnte auch fragen, warum die Amerikaner Donald Trump ein zweites Mal wählen.

Genau.

Aber dennoch fragt man sich manchmal, wenn man das liest, dass einige der politischen Positionen auf beiden Seiten so radikal und in gewisser Weise dumm sind, dass man sich fragt, warum die Menschen nicht kritischer sind. Vielleicht sind sie es, aber sie schweigen.

Wissen Sie, einige der kompromisslosesten Hardliner unter den Venezolanern, die ich kenne, haben Abschlüsse von einigen der besten Universitäten der Welt. Nein, ich denke, Polarisierung ist etwas anderes. Ich denke, Polarisierung hat ein Eigenleben. Sie hat mit unserem Zugehörigkeitsgefühl zu tun, unserem Identitätsgefühl. Wissen Sie, vor vielen, vielen Jahren habe ich einen Aufsatz von Clifford Geertz über Indonesien gelesen, über die Ermordung von Kommunisten während des Sturzes von Sukarno. Und ich erinnere mich, dass ich damals, Ende der 90er Jahre, als ich meinen Doktortitel machte, dachte: Ich verstehe das nicht wirklich. Ich habe keinen Bezugsrahmen, um zu verstehen, warum man jemanden töten würde, nur weil er Kommunist ist. Und warum man Hunderttausende Menschen töten würde, was ja genau das ist, was während des Sturzes von Sukarno passiert ist.

Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten.

Ja. Nun, leider muss ich sagen, dass ich diesen Bezugsrahmen jetzt habe. Und das ist sehr traurig, denn das Problem – was bei Polarisierung passiert – ist, dass sie mit Entmenschlichung beginnt. Sie beginnt mit der Überzeugung, dass der andere nicht existiert. Der andere existiert nur in einem abstrakten Sinne, aber die anderen sind entweder böse, also konstruiert man die Erzählung vom Bösen auf der anderen Seite, und das erlaubt es einem zu sagen: Nun, es spielt keine Rolle, dass wir auf dieser Seite Leid verursachen, denn sie sind böse, sie haben es verdient.

Das kann sich festsetzen, und deshalb – wissen Sie, ich habe gerade das über die Venezolaner gesagt, aber das gilt auch für Nazideutschland. Das gilt auch für viele andere schreckliche Regime. Sehr gut ausgebildete Menschen haben nicht nur daran teilgenommen, sondern gehörten auch zu ihren Architekten.

Das kommt sogar häufig vor, insbesondere in den letzten Jahren im Westen, im Namen der Demokratie und der Menschenrechte. Ich meine, man kann diese Slogans verwenden, um die andere Seite zu dämonisieren, und dann in Länder einmarschieren und Menschen durch Sanktionen töten und so weiter, im Namen der Demokratie, was nicht bedeutet, dass Demokratie schlecht ist. Sie ist immer noch das am wenigsten schlechte aller Systeme, die wir ausprobiert haben. Ich glaube fest an die Demokratie, aber ich sehe auch, dass Fanatismus sich in alles einschleichen kann, wissen Sie? Man kann zum Beispiel ein fanatischer Atheist oder ein fanatischer Demokrat sein. Das ist tragisch.

Ja, es ist schwierig, einen Weg aus der Polarisierung zu finden, aber ich denke, letztendlich geht es viel mehr darum, eine gemeinsame Basis für eine Zukunftsvision zu finden, und ich denke, dass es darum geht, die Diskussion neu zu gestalten. Die Diskussion neu zu gestalten, indem man sich fragt: Was für ein Land wollen wir aufbauen? Denn wenn man diese Diskussion einmal geführt hat, kann man verstehen, dass die Unterschiede nicht – ich meine, Unterschiede wird es immer geben, sie werden immer existieren. Eigentlich ist es gut, dass es sie gibt, aber sie sind nicht unüberbrückbar. Das Problem bei Konflikten wie dem in Venezuela ist, dass alle über die Vergangenheit sprechen wollen und es um Schulduweisungen geht. Und diese – ich sage übrigens nicht, dass man diese Fragen nicht beantworten sollte, und tatsächlich gab es bei den meisten friedlichen demokratischen Übergängen Institutionen wie eine Wahrheits- und Versöhnungskommission, wo es Übergangsjustizsysteme gibt. Ich denke, dass es Möglichkeiten gibt, dies in einem Übergang anzugehen, aber ich glaube, dass man letztendlich die Frage neu formulieren muss: Was für ein Land wollen wir?

Mein Konzept der Politik der verbrannten Erde geht übrigens auf ein sehr bewegendes Buch zurück, das ich von Roelf Meyer gelesen habe, einem der Verhandlungsführer in Südafrika. Er berichtet darin von diesen Verhandlungen und schreibt, dass es einen Moment gab, in dem sich das Gespräch in diese Richtung wenden konnte. Er schrieb, dass wir akzeptieren, dass unser Land von Konflikten zerfressen ist und dass eine Politik der verbrannten Erde in niemandes Interesse ist. Für mich lautet die Frage also: Wie können wir Venezuela zu diesem Moment, zu dieser Akzeptanz führen? Ich denke, das ist wirklich der entscheidende Wendepunkt.

Ich wünschte, der Friedensnobelpreis wäre an einen Venezolaner gegangen, der mehr wie Sie denkt, der tatsächlich Frieden zwischen den verschiedenen Seiten will, das wäre der perfekte Kandidat für den Frieden gewesen. Ich weiß nicht, wer das sein könnte, vielleicht können Sie jemanden nennen?

Ich habe gesagt, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, die venezolanische Demokratiebewegung und die Opposition anzuerkennen. Es gab Hunderte mutiger Aktivisten während der Wahlen, die tatsächlich die Auszählungsbögen gesammelt haben, die den Sieg von Edmundo González belegen konnten. Ich hätte es ihnen gegeben. Ich hätte es der Bewegung gegeben, nicht einem bestimmten Führer.

Unabhängig davon, was ich über María Corina denke. Ich denke, aufgrund ihrer charakteristischen kompromisslosen Haltung ist es für sie sehr schwierig, zu einer Verhandlungslösung beizutragen, die ich für notwendig halte. Aber trotzdem bewundere und erkenne ich ihren Mut und ihre Tapferkeit an. Ich halte es jedoch für keine gute Idee, diese Preise an aktive Politiker zu vergeben. Es ist keine gute Idee, weil dadurch der Preis für politische Zwecke missbraucht und als politische Waffe eingesetzt werden kann. Und wissen Sie, interessanterweise hatte das Nobelkomitee, als es Obama den Nobelpreis verlieh, ein sehr seltsames Argument, das ich immer für sehr merkwürdig hielt, nämlich: Nun, dieser Mann hat nicht viel erreicht, aber wir verleihen ihm den Preis zur Unterstützung von Initiativen zur Förderung des Friedens. Und ich dachte mir: „Ich wünschte, sie hätten diesen Gedankengang auch bei der Verleihung an Machado durchlaufen, denn ich glaube, dass wir eine gewaltsame Lösung des Konflikts hatten, wobei ich übrigens verstehe, dass es viele unserer Helden gibt, oder Menschen, die wir als Helden bewundern sollen, deren Ziel es war, durch Gewalt Veränderungen zu erreichen. Ich meine, das war Simón Bolívar, das war George Washington, also sage ich nicht unbedingt, dass daran etwas falsch ist. Ich sage nur, dass es seltsam ist, den Friedensnobelpreis an jemanden zu vergeben, der sagt: „Mein Programm für Veränderungen besteht darin, einen Krieg zu gewinnen oder ein anderes Land dazu zu bringen, meinem Land den Krieg zu erklären.““

Also ja, ich hoffe, dass dies zu einer Reflexion innerhalb des Nobelkomitees und in Norwegen führt, denn im Wesentlichen wird das Nobelkomitee vom norwegischen Parlament ernannt, und letztendlich sind dies die Personen, die entschieden haben, diesen Preis zu vergeben. Die Frage muss wirklich lauten: Wie können wir zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beitragen? Der Preis, den ich mir wünsche und den ich gerne gesehen hätte, wäre ein Preis, der nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens in Venezuela an die Personen verliehen wird, die diese Verhandlungen ermöglicht haben.

Professor Rodríguez, ich danke Ihnen vielmals. Ich glaube, wir haben viel von Ihnen gelernt. Ich kann Ihr Buch wärmstens empfehlen. Es ist ein Meisterwerk. Wenn man den Zusammenbruch Venezuelas und seine jüngste Politik verstehen will, ist es ein Muss. Ich wünsche Ihnen alles Gute und alles Gute für Venezuela.

Vielen Dank. Es war ein wunderbares Gespräch.

Danke. Auf Wiedersehen.